

.....  
.....  
.....  
Alemanha

Excelentíssima Presidente Dilma Rousseff  
Palacio do Planalto  
Praça dos Três Poderes  
70150-900 Brasília - DF

Verehrte Präsidentin der Bundesrepublik Brasilien,

Vor Kurzem wurde ich auf die stattfindenden Bemühungen zur Wiedererlangung des ursprünglich indigenen Gebiets, genannt Yvy Katú, in der Nähe der Indigenensiedlung Porto Lindo (Iguatemi, Mato Grosso do Sul), aufmerksam.

Meines Wissens hat die brasilianische Regierung 1964 die letzten Indigenen aus diesem Gebiet ausgesiedelt und sie der (Reservat-ähnlichen) Besiedelung namens Porto Lindo zugeteilt. Im Zeitraum zwischen 1964 und 2003 kämpften die Indigenen unermüdlich vor Gericht um die Rückgewinnung besagten Landes, Yvy Katu. 2003 drangen die Indigenen der Siedlung Porto Lindo, mangels effektiver Durchsetzung der Indigenenrechte seitens der Justiz, in Yvy Katu ein und besetzten dieses Gebiet, das von 14 (nicht-indigenen) brasilianischen Grundbesitzern als Eigentum beansprucht wird.

Die Justiz erbat sich von den Indigenen eine Beilegung der Proteste für den Zeitraum von drei Jahren, um ihrerseits den Konfliktursachen nachzugehen. Von 14 betroffenen Indigenengruppen beschränkten sich die Bemühungen allerdings auf lediglich drei Gruppierungen, und somit auf drei kleine Landstücke. In den letzten Jahren wurden die restlichen der 14 Grundstücke begutachtet und demarkiert, mit dem Ergebnis, dass alle diese Ländereien als "traditionelle indigene Gebiete" bestätigt wurden. Dem Gesetz nach hätte die besagte Region schon längst rechtskräftig zu indigenem Grundeigentum werden sollen. Jedoch sind nun bereits zehn Jahre vergangen, in denen die Indigene Bevölkerung mit Versprechen, die bis heute nicht eingelöst sind, abgespeist wurde. Aus diesem Grund haben sich die Indigenen Anfang November erneut zusammengeschlossen, um nach und nach besagte Landstriche durch Besetzung in Anspruch zu nehmen. Eine ähnliche Ausgangslage besteht auch in anderen Indigenengemeinden, etwa in Puelito kue, Ypo'y, Kuruçu Ambá, Guaiviry, Caarapó, Lucas Ku'ê, Mbarakai, Porto Kmbyra, Boqueron und Ñuvera Laranjeiras. Auch hier leben die Guaraní-Kaiowá notdürftig und in Erwartung einer gerichtlichen Entscheidung.

Diese indigenen Gruppen wohnen in Zelten und leiden Hunger. Örtlichen Augenzeugen zufolge sind Kinder am schwersten betroffen. Die Basisversorgung erreicht diese Region entweder überhaupt nicht oder nur mit erheblicher Verzögerung. Vielen dieser Kinder fehlt tagelang jegliche Nahrung; in Momenten der Verzweiflung ernähren sie sich von Insekten.

Artikel 231 der brasilianischen Bundesverfassung besagt, dass der Staat verpflichtet ist, die indigenen Länder und die indigenen Besitzer zu schützen. Artikel 67 der Verfassungsübergangsvorschriften besagt, dass der Staat die Abgrenzung der indigenen Länder innerhalb von fünf Jahren nach der Erlassung der Verfassung abgeschlossen haben muss. Was besagte Länder betrifft, ist dies bis zum heutigen Datum noch nicht erreicht. Artikel 227 der brasilianischen Bundesverfassung besagt auch, dass es Pflicht des Staates ist, Kinder und Jugendliche, mit höchster Priorität, das Recht auf Leben, Gesundheit und Ernährung u.a. zu sichern. Meines Erachtens nach bedeutet „höchste Priorität“, dass das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Leben, Gesundheit und Ernährung anderen Interessen, seien diese wirtschaftlicher oder juristischer Natur, vorgeht. Momentan sind die Kinder die größten Opfer dieser traurigen Situation. Diese Indios haben juristisch das Recht, in den abgegrenzten Gebieten zu leben, aber solange diese Gesetze nicht rechtskräftig sind, leiden Kinder an Hunger.

Daher appelliere ich an Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin der Bundesrepublik Brasilien als Staatschefin, aber auch als brasilianische Staatsbürgerin, die sich in der Vergangenheit nicht von einem autoritären System unterdrücken ließ, und die Folgen dieses Verhaltens ertragen musste. Ich bitte Sie, die Versprechen der wunderbaren brasilianischen Verfassung von 1988 einzuhalten. Die Demokratie, die Freiheit und der Rechtsstaat können nur weiter existieren, wenn die Regierenden die Basis dieser Werte - eine auf den Menschenrechten begründete Verfassung - respektieren.

Hochachtungsvoll,